

Das Bundesamt für Zivilschutz berichtet = L'Office fédéral de la protection civile communique = L'Ufficio federale della protezione civile comunica

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Zivilschutz = Protection civile = Protezione civile**

Band (Jahr): **16 (1969)**

Heft 6

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.



Das Bundesamt für Zivilschutz berichtet L'Office fédéral de la protection civile communique L'Ufficio federale della protezione civile comunica

Auszug aus dem Bericht des Bundesrates über seine Geschäftsführung im Jahre 1968

Justiz- und Polizeidepartement Bundesamt für Zivilschutz

Um die für den Zivilschutz verantwortlichen Vorsteher der kantonalen Departemente und Direktionen zu orientieren, führte das Justiz- und Polizeidepartement im Mai 1968 zusammen mit dem Bundesamt für Zivilschutz eine Konferenz mit den zuständigen Departementvorstehern durch. Dabei wurden die Aufgaben, welche dem Bund, den Kantonen und den Gemeinden auf dem Gebiete des Zivilschutzes als Gemeinschaftsverpflichtung unserer Zeit obliegen, abgegrenzt und erläutert.

Was verwirklicht ist, vernahmen die Militärkommissionen des National- und des Ständerates an einer Konferenz im November 1968 aus der Berichterstattung des Direktors des Bundesamtes für Zivilschutz. Aus dieser Uebersicht «Stand des Zivilschutzes in der Schweiz» ergab sich leider, dass der Zivilschutz noch nicht bereit ist. Das für die Bewältigung der grossen Aufgaben dringend benötigte Personal genügt weder bei den Kantonen noch bei den Gemeinden. Auch beim Bundesamt für Zivilschutz fehlen noch Sachbearbeiter, vor allem Instrukto- ren.

Von den insgesamt 903 örtlichen Schutzorganisationen haben erst deren 619 bis Jahresende ihren Zivilschutzplan — die Grundlage für den gesamten Aufbau —, vervollständigt durch eine schriftliche Ausarbeitung der zivilschutzmassigen Beurteilung der Gemeinde, dem Bundesamt für Zivilschutz eingereicht. Von den 903 schutzpflichtigen Gemeinden erhielten bis heute deren 730 folgende Prozentsätze des Sollbestandes an Material: 45 % Kriegsfeuerwehr, 20 % Pioniermaterial und 20 % Hauswehrmaterial. Ausserdem konnten rund 120 Sanitätshilfsstellen mit Verband- und Pflegematerial beliefert werden. Die Beschaffung des aufgeführten Materials kostete im Berichtsjahr rund 50 Millionen Franken. Die Fabrikation einer ersten Serie von 640 000 Gasmasken für die Hauswehren wurde eingeleitet.

Auf Grund einer Verfügung des Justiz- und Polizeidepartements vom 19. Juli 1968 über die Organisation des Bundesamtes für Zivilschutz wurde dieses Amt neu organisiert: neben der Direktion besitzt es 2 Unterabteilungen und 3 Sektionen. Sein Geschäftsablauf wird in einer auf das Jahresende erlassenen Dienstordnung festgelegt. Eine Unterabteilung und die 3 Sektionen bezogen an der Monbijoustrasse 47—51 im Frühjahr 1968 neu zugeteilte Büroräume. Zum weiteren Vollzug der Bundesgesetze vom 23.

März 1962 über den Zivilschutz und vom 4. Oktober 1963 über die baulichen Massnahmen im Zivilschutz wurden insbesondere erlassen:

- Bundesratsbeschluss vom 28. August 1968 betreffend die Katastrophenhilfe im Inland und im Ausland;
- Zulassungs- und Beförderungsvorschriften des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements vom 16. Juli 1968 für die Instrukto- ren des Bundesamtes für Zivilschutz;
- Typenpläne des Bundesamtes für Zivilschutz vom 21. Dezember 1967 (Inkraftsetzung am 1. Februar 1968) für die normierten Abschlüsse von 1- und 3-atü-Schutzräumen;
- Weisungen des Bundesamtes für Zivilschutz vom 21. August 1968 über die Verwaltung im Zivilschutz.

Im November 1968 fand ein welschsprachiger Presse- und Referentenkurs als Gemeinschaftsarbeit des Schweizerischen Bundes für Zivilschutz und des Bundesamtes für Zivilschutz statt. Die Partner hatten am 16. November 1967 eine Uebereinkunft über die Aufteilung der Arbeitsgebiete und Aufgaben im Bereich der Aufklärung getroffen und auf den 1. Januar 1968 in Kraft gesetzt. Sie hat sich als brauchbare Arbeitsgrundlage nicht nur für Kurse, sondern auch für alle Belange der gemeinsamen Arbeit, wie Presse, Film, Fernsehen, Bibliothek, Dokumentation, Ausstellungen sowie für die Ausrichtung von Beiträgen, erwiesen.

Es wurden 11 553 (11 621) Projekte für Schutzraum- anlagen mit einem Fassungsvermögen von 299 200 (340 500) Personen geprüft und die Bundesbeiträge im Betrage von 74 (80,8) Millionen Franken ausgerichtet (es handelt sich um keinen Rückgang, weil die Zahlen der früheren Jahre auf den zugesicherten Beträgen basieren).

In Lattrigen bei Spiez ist die neue Halle zur Aufnahme des Stosswellenrohres (Messung der Widerstandsfähigkeit bei Luftdruckstössen) und der Schockprüfmaschine fertiggestellt und mit einer modernen Messelektronik sowie einer neuen Filterprüfeinrichtung ausgerüstet worden. Dies ermöglicht eine einwandfreie Prüfung sämtlicher technischen Schutzraumeinrichtungen und Apparate, wie sie von der Industrie hergestellt werden.

Im Berichtsjahr wurden 34 (26) Bundeskurse und -rapporte mit 1494 (789) Teilnehmern und 8665 (4807) Diensttagen durchgeführt. Die Kantone und Gemeinden haben zusammen in 877 Kursen, Uebungen und Rapporten 27 101 (18 785) Teilnehmer in 84 181 (58 361) Diensttagen ausgebildet, wobei aber von Kanton zu Kanton und von Gemeinde zu Gemeinde sehr erhebliche Unterschiede festzustellen sind. Für

die eidgenössischen Betriebe und konzessionierten Transportunternehmungen fanden 150 Kurse mit 3118 Teilnehmern und 8159 Dienstofftagen statt. Zahlreiche ausländische Abordnungen, auch von Regierungsstellen, besichtigten Anlagen und Einrichtungen des Zivilschutzes in der Schweiz und wünschten über die gesetzlichen Grundlagen orientiert zu werden. Obschon unser Land über keine eigentlichen Kriegserfahrungen verfügt, wird vermerkt, dass hier mit demokratischen Mitteln beachtenswerte Resultate zum Schutz der Bevölkerung im Kriegsfall angestrebt und teilweise erreicht worden sind.

Rundschreiben an die kantonalen Zivilschutzstellen

Nr. 123 vom 25. April 1969

Belegungsversuche in Sanitätshilfsstellen, Notspitälern und geschützten Operationsstellen

Belegungsversuche in Sanitätshilfsstellen, Notspitälern und geschützten Operationsstellen durch Sanitätspersonal der örtlichen Schutzorganisationen, Spitalpersonal oder Formationen des Armeesanitätsdienstes ergeben interessante Aufschlüsse über die betrieblichen, baulichen und technischen Anordnungen und über die ernstfallmässige Verwendbarkeit derartiger Anlagen und ihrer Einrichtungen. Deswegen ist auch das Bundesamt für Zivilschutz an solchen Versuchen interessiert.

Wenn in Ihrem Kanton solche Belegungsversuche geplant und von Ihnen gutgeheissen werden, bitten wir Sie, frühzeitig mit unserem Bundesamt Kontakt aufzunehmen, damit unsere Fachleute bei der Vorbereitung und Durchführung mitwirken können, um eine in betrieblicher, technischer und wissenschaftlicher Hinsicht bestmögliche Vorbereitung und Auswertung dieser Versuche zu erreichen.

Wir sind Ihnen dankbar, wenn Sie durch Beachtung dieser Weisungen den Versuchen zu einem möglichst grossen Erfolg verhelfen.

Rapporte des Bundesamtes für Zivilschutz mit den Chefs der kantonalen Zivilschutzstellen vom Oktober und Dezember 1968

Frage der Kantone:

Portofreiheit

Die Schutzorganisationen und die Schutzdienst Leistenden kennen keine Portofreiheit. Dies ist stossend, insbesondere dann, wenn ein Schutzdienst Leistender beispielsweise der Zivilschutzstelle sein Zivilschutzbüchlein oder allenfalls eine Aufgebotsbestätigung zustellen muss oder genötigt ist, einen Kurs ausserhalb seiner Wohngemeinde oder sogar seines Wohnkantons zu absolvieren. Im letzteren Falle muss er, im Gegensatz zum Wehrmann, für seine Privat- oder Geschäftspost die normale Posttaxe entrichten, obwohl er seinen Dienst zum gleichen Soldansatz leistet wie der Wehrmann.

Beantragt wird, dieses Problem neuerdings im Sinne einer Gleichstellung von Armee und Zivilschutz zu prüfen unter Hinweis darauf, dass sowohl die Militärperson als auch die Schutzdienstpflichtigen ihren Dienst zum gleichen Zwecke leisten (Art. 1 ZSG).

Antwort des Bundesamtes:

Die Frage der Portofreiheit im Zivilschutz hat uns schon oft beschäftigt, zuletzt am 3. August 1966. Wir schrieben an diesem Tage dem Vorsteher des Eidg. Justiz- und Polizeidepartements, wir hätten dem Bundesblatt vom 7. Juli 1966 entnommen, dass der Bundesrat am 6. Juni 1966 der Bundesversammlung eine Botschaft über die Revision der Posttaxen zugestellt habe, dass wir zum Mitbericht nicht eingeladen worden seien, dass wir bei ähnlichen Fällen im Zivilschutz eine gleiche Regelung wie für die Armee verlangten und ihn baten, in diesem Sinne mit dem Vorsteher des Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartements in Verbindung zu treten. Das ist auch geschehen und der Vorsteher des Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartements hat am 12. August 1966 folgendermassen geantwortet (Zusammenfassung):

I.

1. Es bestehe ein grundlegender Unterschied zwischen Armee und Zivilschutz:
 - Der Zivilschutz sei gemeindeweise organisiert;
 - die Schutzdienstpflicht werde in der Regel am Wohnort erfüllt;
 - die persönliche Dienstleistungspflicht des Wehrmannes gehe erheblich über diejenige des Schutzdienstpflichtigen hinaus;
 - beim Zivilschutz würden die strafbaren Handlungen von den zivilen Gerichten beurteilt.
2. Auch Ueberlegungen praktischer Art sprächen dagegen:
 - Mit der Abschaffung bzw. Einschränkung der Portofreiheit würden nicht nur finanzielle Ziele verfolgt, sondern auch eine Vereinfachung der Taxkontrolle;
 - der Ortschef könnte seine Sendungen portofrei aufgeben, die übergeordneten kommunalen und kantonalen Verwaltungsstellen des Zivilschutzes dagegen nicht;
 - der Begriff «Zivilschutzsache» könnte nur schwerlich genau umschrieben werden;
 - die missbräuchliche Inanspruchnahme der Taxfreiheit würde erheblich vergrössert, weil praktisch jeder Schweizer Bürger und Bürgerin im Alter von 20 bis 60 Jahren bestimmte Sendungen portofrei aufgeben könnten;
 - der Schutzdienstpflichtige werde kaum eine grosse Zahl zivilschutzdienstlicher Sendungen ausserdienstlich aufgeben müssen, weshalb die damit verbundenen Umtriebe und Unzukömmlichkeiten in keinem Verhältnis zum Vorteil der Portofreiheit stünden;
 - es gebe noch andere gesetzliche Pflichten, z. B. die Einreichung der Steuererklärung, für welche der Bürger auch keine Portofreiheit geniesse;
 - die Portofreiheit des Militärs sei über 100 Jahre alt, weshalb sie nicht ohne weiteres abgeschafft oder eingeschränkt werden könne;
 - bei Gewährung der Portofreiheit würde die Regelung der Kostentragung nach Art. 70 und 71 ZSG umgestossen;
 - jede Portofreiheit steigere die Schreibfreudigkeit.

II.

Der Zivilschutz sei in bezug auf die Portofreiheit dem Militär nicht gleichzustellen:

- das BZS könne seine Sendungen wie die übrigen Bundesstellen pauschalfrankiert aufgeben;
- die kantonalen Zivilschutzstellen könnten ihre Sendungen gleich wie die übrigen Amtsstellen ihres Kantons pauschalfrankiert aufgeben;
- die Zivilschutzstellen der Gemeinden, die Ortschefs, die Dienstchefs und Gebäudechefs hätten ihre Sendungen gleich wie die übrigen Gemeindeamtsstellen zu frankieren oder, wo eine Pauschalvereinbarung bestehe, pauschalfrankiert aufzugeben;
- die Betriebsschutzchefs privater Unternehmungen und Anstalten hätten ihre Sendungen zu frankieren; auch die Betriebsschutzchefs öffentlich-rechtlicher Anstalten hätten zu frankieren, soweit den Amtsstellen ihres Trägers nicht das Recht auf Pauschalfrankierung zustehe.

Dieser Stellungnahme hat der Bundesrat zugestimmt.

III.

Es stellt sich noch die Frage, wie es sich mit der ausgehenden Post aus Kantons- und Bundeskursen verhält.

Hierzu hat uns der Sachbearbeiter bei der Generaldirektion PTT am 9. September 1968 folgendes gesagt:

- Die Kursleitungen sind den Amtsstellen der Kantone bzw. des Bundes gleichgestellt. Die Taxen für die von ihnen aufgegebenen Sendungen werden — in gleicher Weise wie dies für kantonale bzw. eidgenössische Amtsstellen der Fall ist — der Post pauschal vergütet.
- Die eingehenden Sendungen an Kursteilnehmer und die ausgehenden Sendungen von diesen müssen bis auf weiteres grundsätzlich bei der Aufgabe frankiert sein. Andernfalls wird die Taxe, zuzüglich Zuschlag, beim Empfänger eingezogen.
- Die PTT-Betriebe sind jedoch bereit, die Taxen für die von den Kursteilnehmern im Kurszentrum aufgegebenen *uneingeschriebenen* Inlandsendungen bis 2½ kg zu pauschalieren, so dass eine teilweise Gleichstellung mit den Wehrmännern im Dienst erreicht würde. Hierzu sind jedoch *Absprachen* über die Kostentragung mit der Eidg. Finanzverwaltung und den Kantonen, in deren Gebiet sich Kurszentren befinden, notwendig.

Unsere Sektion Ausbildung und Kurswesen wird die Sache an die Hand nehmen. Sobald die Frage der Kostentragung geregelt ist, kann die Pauschalierung auch für die Kursteilnehmer eingeführt werden.

Extrait du rapport du Conseil fédéral sur sa gestion en 1968

Département de justice et police Office fédéral de la protection civile

Afin de donner les précisions voulues aux chefs des directions et des départements cantonaux, chefs responsables de la protection civile, le Département fédéral de justice et police a organisé, en mai 1968, avec l'aide de l'Office fédéral de la protection civile (l'office fédéral ci-après), une conférence avec les chefs compétents des départements. A cet effet, les tâches qui incombent à la Confédération, aux cantons et aux communes dans le domaine de la protection civile (tâches découlant d'une obligation communautaire de notre époque) ont été circonscrites et expliquées.

Lors d'une conférence tenue en novembre 1968, les commissions militaires du Conseil fédéral et du Conseil des Etats ont eu connaissance des progrès accomplis, grâce aux précisions données par le directeur de l'office fédéral. Les renseignements fournis sur la «situation de la protection civile en Suisse» ont cependant révélé le fait que cette protection n'est malheureusement pas encore prête à fonctionner. Le personnel qui est d'une urgente nécessité pour venir à bout des grandes tâches ne suffit ni dans les cantons, ni dans les communes. A l'office fédéral également, il manque encore des collaborateurs spécialisés, avant tout des instructeurs.

Des 903 organismes locaux de protection au total, 619 seulement ont transmis à l'office fédéral, jusqu'à la fin de l'année, le plan de la protection civile (l'élément essentiel de tout le dispositif), complété par une appréciation écrite sur l'état de la protection civile dans la commune. Des 903 communes tenues de créer des organismes de la protection civile, 790 ont bénéficié, jusqu'aujourd'hui, des taux suivants de l'effectif réglementaire en matériels: 45 pour cent du matériel des sapeurs-pompiers de guerre, 20 pour cent du matériel des pionniers et 20 pour cent du matériel des gardes d'immeuble. De plus, on a pu livrer des articles pour pansements et soins à 120 postes sanitaires de secours en chiffre rond. L'achat des matériels énumérés a coûté, en 1968, 50 millions de francs en chiffre rond. On a commencé à fabri-

Der Chef einer Zivilschutz-Organisation

war erstaunt über die Möglichkeit, wie wir sein Verbindungsschema A 4 auf 100 x 150 cm vergrösserten; er konnte es so seinem Mitarbeiterstab wesentlich besser erklären.

Ob Block-, Sektor- oder Schutzraumpläne - wir reproduzieren (verkleinern, vergrössern, kopieren, drucken ein- oder mehrfarbig) zuverlässig und in kürzester Zeit. Dass wir dabei die preislich vorteilhafteste Lösung treffen, ist für uns selbstverständlich.

Unser Personal ist gut geschult, hat grosse Erfahrung und garantiert für einwandfreie Reproduktion Ihrer Vorlagen. Rufen Sie uns an. Wir beraten Sie unverbindlich.

Ed. Aerni-Leuch

3000 Bern 14

Reproduktionsanstalt / Fabrik technischer Papiere Zieglerstrasse 34 Telefon 031 25 92 22

EAL

quer une première série de 640 000 masques antigaz pour équiper les gardes d'immeuble.

En vertu d'une décision du Département fédéral de justice et police du 19 juillet 1968, l'office fédéral a été réorganisé: outre la direction, il compte 2 subdivisions et 3 sections. Le statut de cet office est fixé dans des prescriptions sur les attributions, qui ont été publiées à la fin de 1968. Une des subdivisions et les trois sections ont occupé, au printemps de 1968, les bureaux qui leur ont été attribués aux numéros 47 à 51 de la rue Monbijou.

Pour assurer l'application des lois fédérales du 23 mars 1962 sur la protection civile et du 4 octobre 1963 sur les constructions de protection civile, il a notamment fallu adopter:

- l'arrêté du Conseil fédéral du 28 août 1968 concernant les secours à porter lors de catastrophes en Suisse et à l'étranger;
- les prescriptions relatives aux nominations et promotions du Département fédéral de justice et police du 16 juillet 1968 pour les instructeurs de l'office fédéral;
- les plans-types de l'office fédéral du 21 décembre 1967 (mis en vigueur le 1er février 1968) pour fermetures normalisées d'abris de 1 et 3 atmosphères;
- les prescriptions de l'office fédéral du 21 août 1968 concernant l'administration dans la protection civile.

En novembre 1968, un cours a eu lieu pour journalistes et conférenciers de langue française (travail en commun entre l'Office fédéral et l'Union suisse pour la protection des civils). Le 16 novembre 1967, les parties avaient passé une convention sur le partage des sphères d'activité et des tâches dans le domaine de l'information, qu'elles ont mise en vigueur le 1er janvier 1968. Cette convention s'est révélée un instrument de travail utilisable non seulement pour les cours, mais pour tous les domaines d'activité commune, tels que presse, films, radio, télévision, bibliothèque, documentation, expositions et aussi pour le versement de subventions.

On a étudié 11 553 (11 621) projets d'abris à buts multiples pouvant contenir 299 200 (340 500) personnes et on a versé les subventions fédérales y relatives pour un total de 74 (80,8) millions de francs (il ne s'agit aucunement d'une diminution, puisque les chiffres des années antérieures sont fondés sur les subventions promises).

A Lattigen près de Spiez, on a achevé le nouveau local abritant le tube pour ondes de choc (mesurage de la capacité de résistance en cas d'ondes de choc) et la machine pour essais d'impact, puis on a équipé ce local d'une électronique moderne de mesurage ainsi que d'un nouveau dispositif d'essai de filtres. Ces matériels permettent d'essayer irréprochablement tous les dispositifs et appareils techniques (pour abris) comme l'industrie les produit.

Pendant l'année 1968, on a organisé 34 (26) cours et rapports fédéraux auxquels ont assisté 1494 (789) participants ayant accompli 8665 (4807) jours de service. Les cantons et les communes ont instruit 27 101 (18 785 participants) dans 877 cours, exercices et rapports, ce qui représente 84 181 (58 361) jours de service en tout; on constate toutefois des différences très sensibles de canton à canton et de commune à commune. Pour les établissements fédéraux et les

entreprises concessionnaires de transport, 150 cours ont eu lieu, auxquels ont assisté 3118 participants ayant accompli 8159 jours de service.

De nombreuses délégations étrangères, comprenant aussi des délégations de services gouvernementaux, ont visité des installations et dispositifs de la protection civile en Suisse, et ont été renseignées, à leur demande, sur les dispositions légales qui régissent notre organisation. Bien que notre pays n'ait pas d'expérience de la guerre, constatons qu'on s'efforce de protéger les populations en cas de conflit armé en recourant à des moyens démocratiques et qu'on a déjà obtenu des résultats remarquables dans ce domaine.

Circulaires aux Offices cantonaux de la protection civile

No 123 du 25 avril 1969

Essais d'occupation de postes sanitaires de secours, d'hôpitaux de secours et de centres opératoires protégés

Il se peut que du personnel sanitaire des organismes locaux de protection, du personnel d'hôpital ou des formations du service de santé de l'armée prévoient occuper, à titre d'essais, des postes sanitaires de secours, des hôpitaux de secours ou des centres opératoires protégés. Ces essais fournissent des données intéressantes sur les dispositions d'exploitation, de construction et d'ordre technique, prises pour ces installations et leurs dispositifs, ainsi que sur leur utilisation pour le cas réel. L'Office fédéral de la protection civile est, dès lors, intéressé à pareils essais. Si vous envisagez approuver de tels essais dans votre canton, nous vous prions de prendre contact à temps avec notre office, afin que nos spécialistes puissent participer au mieux à leur préparation et leur exécution pour en tirer le plus grand profit possible quant aux problèmes d'exploitation et à ceux d'ordre technique et scientifique.

Nous vous serions reconnaissants de tenir compte des présentes remarques afin que ces essais aient le succès désiré.

Rapports de l'Office fédéral de la protection civile avec les chefs des Offices cantonaux de la protection civile, octobre et décembre 1968

Question des cantons:

Franchise de port:

Les organismes de protection et les personnes astreintes à servir dans la protection civile ne bénéficient d'aucune franchise de port. Cela est choquant, en particulier si ou lorsqu'une personne astreinte à servir dans la protection civile est tenue, par exemple, d'envoyer, à l'Office de la protection civile, son livret de service de la protection civile ou éven-

tuellement un accusé de réception d'une convocation ou est obligée de suivre un cours en dehors de sa commune de domicile ou même de son canton de domicile. Dans ce dernier cas, elle est obligée, contrairement au militaire, de payer la taxe postale normale pour son courrier privé ou pour sa correspondance de service, bien qu'elle accomplisse son service pour la même solde que le militaire.

On propose de revoir ce problème dans le sens d'une mise sur pied d'égalité de l'armée et de la protection civile en faisant observer que le militaire aussi bien que la personne astreinte à servir dans la protection civile accomplissent leur service pour le même but (article premier LPC).

Kann die Portofreiheit für die dienstliche Korrespondenz erhältlich sein, insbesondere für die Chefs?

Réponse de l'office fédéral:

La question de la franchise de port dans la protection civile nous a déjà souvent occupés, la dernière fois le 3 août 1966. A cette date, nous avons écrit au chef du Département fédéral de justice et police que nous avons appris, par la *Feuille fédérale* du 7 juillet 1966, ceci: le Conseil fédéral a envoyé, le 6 juin 1966, à l'Assemblée fédérale un message relatif à la révision des taxes postales; nous n'avons pas été invités au rapport joint à cet effet; nous exigeons, en pareils cas dans la protection civile, une même réglementation que pour l'armée et nous avons prié ce chef d'entrer en contact avec le chef du Département des transports et communications et de l'énergie. Cette prise de contact a eu lieu et le chef du Département des transports et communications et de l'énergie a répondu, le 12 août 1966, de la manière suivante (résumé):

I.

1. Il y aurait une différence fondamentale entre l'armée et la protection civile;
 - la protection civile serait organisée par communes;
 - l'obligation de servir serait accomplie, en règle générale, au lieu de domicile;
 - le service personnel à accomplir par le militaire excéderait sensiblement celui de la personne tenue de servir dans la protection civile;
 - à la protection civile, les infractions seraient jugées par les tribunaux civils.
2. Des raisons d'ordre pratique s'opposeraient à la franchise de port:
 - en abolissant ou en restreignant la franchise de port, on viserait non seulement des objectifs financiers, mais on simplifierait aussi le contrôle des taxes;
 - le chef local pourrait remettre ses envois en franchise de port, mais non les offices administratifs communaux ou cantonaux supérieurs de la protection civile;
 - le terme «Affaire de la protection civile» ne pourrait être que difficilement défini de manière exacte;
 - l'utilisation abusive de la franchise de port s'accroîtrait considérablement, puisque en pratique chaque citoyen et chaque citoyenne suisses âgés de 20 à 60 ans pourraient remettre certains envois au bénéfice de la franchise de port;
 - la personne astreinte à servir dans la protection civile ne devrait guère remettre un grand

nombre d'envois de la protection civile en dehors du service; aussi les pertes de temps et les inconvénients qui y sont liés ne seraient-ils nullement en rapport avec l'avantage de la franchise de port;

- il y aurait encore d'autres obligations légales, par exemple, l'envoi de la déclaration d'impôts, pour lequel le citoyen devrait également jouir de la franchise de port;
- la franchise de port au profit du militaire serait vieille de plus de 100 ans; c'est pourquoi on ne pourrait l'abolir ni la restreindre sans plus;
- en accordant la franchise de port, on bouleverserait la réglementation des frais en vertu des articles 70 et 71 LPC;
- toute nouvelle franchise de port augmenterait la joie d'écrire.

II.

En ce qui concerne la franchise de port, la protection civile ne serait pas assimilée aux militaires.

- L'OFPC peut remettre ses envois, comme les autres offices de la Confédération, affranchis à forfait;
- les Offices cantonaux de la protection civile pourraient remettre leurs envois, comme les autres offices de leur canton, affranchis à forfait;
- les Offices de la protection civile des communes, les chefs locaux, les chefs de service et les chefs d'immeuble devraient affranchir leurs envois de la même façon que les autres offices communaux ou, là où il existe une convention ad hoc, ils pourraient remettre leurs envois affranchis à forfait;
- les chefs des organismes de protection d'entreprises et d'institutions privées devraient affranchir leurs envois; de même, les chefs des organismes de protection d'établissements de droit public devraient affranchir leurs envois, à moins que le droit d'affranchissement à forfait ne soit conféré aux offices de leur agent.

Le Conseil fédéral a approuvé ces décisions.

III.

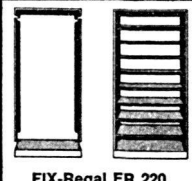






On se demande encore ce qu'il en est du courrier sortant des cours cantonaux et fédéraux.

A cet égard, le responsable à la direction générale des PTT nous a dit le 9 septembre 1968:

- les directions des cours sont assimilées aux offices des cantons ou de la Confédération. Les taxes pour les envois que ces directions remettent sont indemnisées forfaitairement par la poste, de la même manière que c'est le cas pour les offices cantonaux ou fédéraux;
- les envois qui parviennent aux participants aux cours et les envois que ceux-ci émettent doivent être, jusqu'à nouvel ordre, affranchis par principe lorsqu'ils sont remis à la poste. Dans le cas contraire, la taxe plus un supplément seront perçus chez le destinataire;
- l'entreprise des PTT est toutefois disposée à admettre à forfait les taxes pour les envois non recommandés ni inscrits en Suisse, jusqu'à 2 kilos et demi, qui ont été remis par les participants aux cours qui se trouvent au centre des cours, de sorte qu'une mise partielle sur un pied d'égalité avec les militaires en service serait obtenue. A cet effet, des accords sont toutefois nécessaires sur les frais à supporter, accords à passer avec l'Admi-

nistration fédérale des finances et avec les cantons sur le territoire desquels se trouvent les centres de cours.

Notre section de l'instruction et des secours en cas de catastrophes prendra l'affaire en main. Dès que la question des frais à supporter sera réglée, l'affranchissement à forfait pourra être aussi introduit pour les participants aux cours.

	Vorräte und Ersatzteile richtig lagern	
FIX-Regale ER 220 für hohe Belastungen, für ein- oder mehrgeschossige Anlagen, 100%ige, übersichtliche Raumnutzung durch verstellbare Tablare und Trennwände oder Sicht-Lager- und Stapeltransportkästen.		FIX-Steckregale für mittlere Belastungen, Höhe variabel durch Aufbaueinheiten mit verschiedenen langen Distanzrohren, abgestimmt auf Ordner oder Sicht-Lager- und Stapeltransportkästen.
	EMAG NORM Stahlkleiderschränke garantieren durch solide Verarbeitung und eingetragene Lackierung lange Lebensdauer selbst unter ungünstigen Bedingungen.	
FIX-Regal- und Material-schränke in verschiedenen Breiten, Höhen und Tiefen für übersichtliche, platzsparende und geschützte Lagerung vieler kleiner Teile.		EMAG NORM Werkzeug- und Ersatzteilschränke zur sicheren, geordneten, griffgünstigen und schonenden Aufbewahrung wichtiger Ersatzteile und Werkzeuge. Sie erhalten unseren Prospekt kostenlos und unverbindlich.
		

Estratto del rapporto del Consiglio federale sulla sua gestione nel 1968

Dipartimento federale di giustizia e polizia Ufficio federale della protezione civile

Allo scopo d'informare i capi delle direzioni e dei dipartimenti cantonali responsabili della protezione civile, il Dipartimento federale di giustizia e polizia ha indetto nel maggio 1968, in un con l'Ufficio federale della protezione civile, una conferenza coi capi dei dipartimenti interessati. In questa occasione sono stati additati e spiegati i compiti che spettano alla Confederazione, ai cantoni e ai comuni impegnati collettivamente nel campo della protezione civile secondo le esigenze della nostra epoca.

In occasione di una conferenza tenuta nel novembre 1968, le commissioni militari del Consiglio nazionale e del Consiglio degli Stati sono state edotte dal direttore dell'Ufficio federale della protezione civile su quanto è stato realizzato. La sua relazione sulla «situazione della protezione civile in Svizzera» ha

purtroppo dimostrato che tale protezione non è ancora tutto a punto. Il personale indispensabile per venire a capo dei gravi compiti incombenti non è sufficiente né presso i cantoni né presso i comuni. Anche all'Ufficio federale mancano ancora dei collaboratori specializzati, in particolare gli istruttori.

Dei 903 organismi locali di protezione in tutto, solo 619 avevano, entro la fine dell'anno, trasmesso all'Ufficio federale il piano di protezione civile, costituente la base dell'intero dispositivo, completato da un apprezzamento scritto della località dal profilo della protezione civile. Dei 903 comuni obbligati ad istituire un organismo di protezione, solo 730 hanno beneficiato, a tutt'oggi, delle seguenti percentuali sull'effettivo regolamentare previsto per il materiale: 45 % del materiale dei pompieri di guerra, 20 % del materiale pionieri e 20 % del materiale per le guardie caseggiato. Inoltre, 120 posti sanitari di soccorso, in cifra tonda, sono stati dotati del rispettivo materiale di fasciatura e di cura. L'acquisto del materiale indicato è costato, per l'anno che è oggetto di rapporto, 50 milioni di franchi in cifra tonda. È stata avviata la fabbricazione di una prima serie di 640 000 maschere antigas per le guardie caseggiato. A norma d'una risoluzione del Dipartimento federale di giustizia e polizia del 19 luglio 1968, l'Ufficio federale della protezione civile è stato riorganizzato in modo che, oltre alla direzione, esso comprende ora 2 sottodivisioni e 3 sezioni. Il suo ordinamento di servizio è regolato da prescrizioni interne che sono state emanate verso la fine dell'anno. Una sottodivisione e le 3 sezioni hanno occupato, nella primavera del 1968, i nuovi uffici loro assegnati alla Monbijoustrasse 47—51.

Per l'ulteriore applicazione delle leggi federali del 23 marzo 1962 sulla protezione civile e del 4 ottobre 1963 sull'edilizia di protezione civile sono stati particolarmente emessi:

- il decreto del Consiglio federale del 28 agosto 1968 concernente i soccorsi in caso di catastrofi in Svizzera e all'estero;
- le istruzioni concernenti le nomine e promozioni nel Dipartimento federale di giustizia e polizia, del 16 luglio 1968, per gli istruttori dell'Ufficio federale della protezione civile;
- i piani tipo dell'Ufficio federale della protezione civile del 21 dicembre 1967 (con entrata in vigore il primo febbraio 1968) per le chiusure normalizzate di rifugi ad 1 e 3 atù;
- le istruzioni dell'Ufficio federale della protezione civile del 21 agosto 1968 concernenti l'amministrazione nella protezione civile.

Nel novembre 1968 si è svolto un corso per giornalisti e conferenzieri di lingua francese, organizzato dall'Ufficio federale di concerto con l'Unione svizzera per la protezione dei civili. Il 16 novembre 1967 queste due parti avevano concluso un accordo sulla ripartizione delle attribuzioni e dei compiti nell'ambito dell'informazione, con entrata in vigore il primo gennaio 1968. Questo accordo si è rivelato come una base di lavoro efficace non solo per i corsi, ma anche per tutti gli altri campi d'attività in comune, quali la stampa, i filmi, la radio, la televisione, la biblioteca, la documentazione, le esposizioni, nonché per il versamento dei sussidi.

Sono stati esaminati 11 553 (11 621) progetti di rifugi a scopi multipli, con una capienza totale di 299 200

(340 500) persone e vennero corrisposti i relativi sussidi federali per un importo complessivo di 74 (80,8) milioni di franchi (non si tratta di una diminuzione, poichè le cifre degli anni precedenti sono basate sui sussidi promessi).

A Latrigen presso Spiez è stato ultimato il nuovo locale destinato ad accogliere il tubo per onde d'urto (misurazione della capacità di resistenza in caso di pressione dell'aria) e la macchina per la prova delle scosse. Questo locale è stato altresì dotato di un impianto moderno di misurazione elettronica nonché di un dispositivo di prova per i filtri. Sarà così possibile procedere ad un perfetto esame di tutti i dispositivi tecnici ed apparecchi per rifugi, quali sono prodotti dall'industria.

Nell'anno di cui si tratta, sono stati organizzati 34 (26) corsi e rapporti federali, con 1494 (789) partecipanti e 8665 (4807) giorni di servizio. I cantoni e i comuni hanno istruito complessivamente 27 101 partecipanti (18 785) in 877 corsi, esercizi e rapporti, con 84 181 (58 361) giorni di servizio; al proposito, vanno tuttavia segnalate notevoli differenze tra cantone e cantone e tra comune e comune. Per gli stabilimenti federali e le imprese di trasporto concessionarie sono stati tenuti 150 corsi, con 3118 partecipanti e 8159 giorni di servizio.

Numerose delegazioni estere, anche di servizi governamentali, hanno visitato gli impianti e i dispositivi di protezione civile del nostro paese ed hanno attinto informazioni sulle nostre disposizioni legali in materia. Sebbene il nostro paese non possieda concrete esperienze di guerra, si nota che da noi, nel campo della protezione della popolazione in caso di guerra, si protende, con mezzi democratici, a risultati degni di nota e già parzialmente raggiunti.

Circolare dell'Uffici federale della protezione civile agli Uffici cantonale della protezione civile

N. 123 del 25 aprile 1969

Prove d'occupazione nei posti sanitari di soccorso, ospedali d'emergenza e sale operatorie protette

Le prove d'occupazione nei posti sanitari di soccorso, ospedali d'emergenza e sale operatorie protette da parte del personale sanitario degli organismi locali di protezione, del personale ospedaliero oppure da parte di formazioni del servizio sanitario dell'esercito sono suscettibili di fornire interessanti dati circa la funzionalità e le caratteristiche tecniche e costruttive, nonché sull'utilizzazione in caso effettivo di tali impianti e delle loro apparecchiature. Per la qual cosa, anche l'Ufficio federale della protezione civile è interessato a tali prove.

Qualora nel vostro cantone fossero previste e da voi ammesse prove del genere, vogliate prendere tempestivamente contatto con l'Ufficio federale, affinché i nostri specialisti possano contribuire alla loro preparazione ed esecuzione, onde trarne i migliori risultati e pratici insegnamenti sia sotto l'aspetto tecnico e scientifico che dal lato funzionale.

Osiamo sperare che, grazie all'osservanza delle presenti istruzioni, vorrete contribuire al miglior successo di queste prove.

Rapporti dell'Ufficio federale della protezione civile con i capi degli Uffici cantonali della protezione civile in ottobre e dicembre 1968

Domanda dei cantoni:

Franchigia di porto

Gli organismi di protezione e le persone che prestano servizio nella protezione civile non beneficiano della franchigia postale. Ciò è specialmente urtante quando chi presta servizio nella protezione debba, ad esempio, mandare all'ufficio della protezione civile il suo libretto di servizio o la ricevuta di un ordine di convocazione, oppure quando egli sia tenuto a frequentare un corso lontano dal suo comune di domicilio od addirittura fuori del suo cantone. In quest'ultimo caso egli deve, contrariamente al militare, pagare la tassa postale normale per la sua posta privata o d'affari, sebbene presti servizio alle stesse condizioni di soldo del militare.

Si propone pertanto che questo problema venga nuovamente affrontato nel senso di una equiparazione della protezione civile all'esercito, facendo rimarcare che tanto il militare quanto l'assoggettato alla protezione civile prestano servizio per il medesimo fine (art. 1 LPC).

Non potrebbe dunque essere accordata la franchigia di porto per la corrispondenza di servizio, specie per i capi?

Risposta dell'Ufficio federale:

Del problema della franchigia di porto nella protezione civile ci siamo già occupati a più riprese e, l'ultima volta, il 3 agosto 1966. In quella data scrivevamo al capo del Dipartimento federale di giustizia e polizia d'aver appreso dal Foglio Federale del 7 luglio 1966 che il Consiglio federale aveva sottoposto, in data 6 giugno 1966, all'Assemblea federale un messaggio concernente la revisione delle tasse postali; che noi non eravamo stati invitati al corapporto; che noi pretendevamo, per casi del genere nella protezione civile, la stessa regolamentazione vigente per l'esercito. Da ultimo, chiedevamo che il capo del Dipartimento intervenisse in tal senso presso il capo del Dipartimento dei trasporti, delle comunicazioni e delle energie, ciò che poi effettivamente avvenne. Il 12 agosto 1966, il capo del Dipartimento dei trasporti, delle comunicazioni e delle energie ci rispondeva, in riassunto, come segue:

I.

1. Esiste una differenza fondamentale tra l'esercito e la protezione civile:

- la protezione civile è organizzata comunemente;
- l'obbligo di prestare servizio nella protezione civile viene assolto, di regola, nel comune di domicilio;
- l'obbligo personale di servizio del militare oltrepassa considerevolmente quello dell'assoggettato alla protezione civile;
- nella protezione civile, i reati sono giudicati dai tribunali civili.

2. Anche ragioni d'ordine pratico si opporrebbero alla franchigia di porto:

- con l'abolizione, rispettivamente con la limitazione della franchigia di porto, si perseguono non solo obiettivi d'ordine finanziario, ma si vuole raggiungere anche una semplificazione del controllo delle tasse;
- il capo locale potrebbe spedire i suoi invii in franchigia, non potrebbero invece farlo gli uffici amministrativi comunali e cantonali superiori di protezione civile;
- sarebbe alquanto difficile stabilire esattamente la nozione di «Affare di protezione civile»;
- l'uso abusivo della franchigia postale aumenterebbe in modo notevole poichè, praticamente, ogni cittadino o cittadina svizzeri, dai 20 ai 60 anni di età, potrebbe spedire determinati invii senza pagamento delle tasse postali;
- l'obbligato a prestare servizio nella protezione civile non ha generalmente, fuori servizio, molti invii di servizio da compiere, per cui i relativi disturbi o inconvenienti non sarebbero proporzionati al vantaggio che può derivare dalla franchigia di porto;
- esistono altri obblighi legali per i quali il cittadino potrebbe pretendere l'esenzione dal pagamento delle tasse postali: ad esempio l'inoltro della dichiarazione d'imposta;
- la franchigia di porto di cui gode il militare risale a 100 anni; per questo essa non può essere abolita nè ridotta;
- accordando la franchigia di porto alla protezione civile si infirmerebbe il problema della regolamentazione delle spese giusta gli articoli 70 e 71 LPC;
- la franchigia di porto aumenta la voglia di scrivere.

II.

Per quanto riguarda la franchigia di porto, la protezione civile non è da equiparare al militare:

- l'UFPC può spedire i suoi invii con affrancazione in blocco come gli altri uffici della Confederazione;
- gli uffici cantonali della protezione civile possono pure beneficiare dell'affrancazione in blocco come gli altri uffici del rispettivo cantone;
- gli uffici comunali della protezione civile, i capi locali, i capiservizio e i capi caseggiato dovrebbero affrancare i loro invii come le altre amministrazioni del comune, oppure far uso dell'affrancazione in blocco dove esista un contratto al proposito;
- i capi degli organismi di protezione delle imprese o di istituzioni private dovrebbero affrancare i propri invii postali; lo stesso dicasi dei capi degli organismi di protezione degli stabilimenti di diritto pubblico, a meno che gli uffici dal quale il rispettivo titolare dipende non abbiano diritto all'affrancazione in blocco.

Questa presa di posizione è poi stata sanzionata dal Consiglio federale.

III.

Resta ancora da vedere cosa avviene della posta spedita dai corsi cantonali e federali.

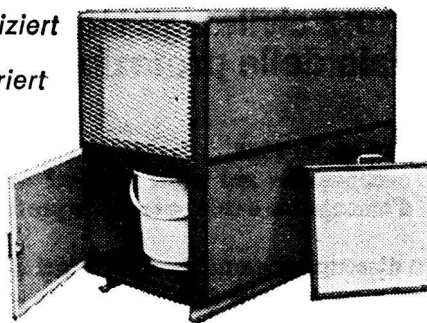
A questo proposito, il responsabile presso la direzione generale delle PTT si è espresso, in data 9 settembre 1968, come segue:

- Le direzioni dei corsi sono parificate agli uffici dei cantoni, rispettivamente della Confederazione. Perciò, le tasse postali dovute per gli invii effettuati vengono versate alla posta in blocco, come per gli uffici cantonali e federali.
- Sino a nuovo avviso, gli invii destinati ai partecipanti ai corsi e quelli da essi spediti sono, per principio, soggetti alle normali tasse postali da pagarsi all'atto della rimessa alla posta. Altrimenti la tassa, più la soprattassa, sarà riscossa presso il destinatario.
- L'azienda delle PTT è tuttavia disposta ad accettare globalmente il pagamento delle tasse d'affrancazione per gli invii interni, non raccomandati o iscritti, fino a 2½ kg, effettuati dai partecipanti al centro dei corsi; si può così raggiungere un certo piede d'eguaglianza con i militari in servizio. Allo scopo si richiedono però i dovuti accordi circa il carico delle spese con l'Amministrazione federale della finanze ed i cantoni nella cui giurisdizione vengono a trovarsi i centri dei corsi.

La nostra sezione istruzione e soccorsi in caso di catastrofi si occuperà più oltre della faccenda. Non appena regolata la questione del carico delle spese, l'affrancazione in blocco potrà dunque essere introdotta anche per i partecipanti ai corsi.

KRONENBERG

*fabriziert
und
offeriert*



ELEKTRO-LUFTENTFEUCHTER

für jeden Verwendungszweck
für alle Temperaturbereiche
stationär oder fahrbar
ohne Chemikalien
ohne Wartung

2 Jahre Garantie!

J. F. KRONENBERG
Kälte- und Klima-Anlagen
5623 Boswil AG 057 - 7 45 45



BZS-Zulassungsnummer 68-562